

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Die Bundesregierung sollte den Atomwaffenverbotungsvertrag unterzeichnen

Die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD bereitet ein ausführliches Papier zur Weiterentwicklung sozialdemokratischer Internationaler Politik vor. Im Vorlauf veröffentlicht sie im Rahmen ihrer neuen Reihe „Zwischenrufe aus der Grundwertekommission“ in zwei kürzeren Positionspapieren Aspekte dieses ausführlichen Papiers, die in der aktuellen Diskussion zur militärischen Sicherheitspolitik besonders dringlich einer öffentlichen Debatte bedürfen.

Der Zwischenruf wurde von Heidemarie Wieczorek-Zeul formuliert.

Nach dem Scheitern des INF Vertrages befindet sich die Welt in einer hochgefährlichen Situation. Die USA und Russland tragen dazu bei, die zerschlagene Nuklearordnung weiter zu demontieren und schüren damit die Gefahr eines weltweiten atomaren Wettrüstens. Russland und die USA verfügen über 92 Prozent aller weltweiten Atomwaffen und beide rüsten auf: Wir wissen, dass die USA in den nächsten 30 Jahren 1,3 Billionen US Dollar für ihr Atomwaffenarsenal aufwenden wollen. Wenn es keine aktive Bewegung für eine Welt ohne Atomwaffen und für Schritte deutlicher Abrüstung gibt, besteht die Gefahr, dass regionale Rüstungswettläufe sich verschärfen, z.B. im Nahen Osten oder auch im Konflikt zwischen Indien und Pakistan, die beide bereits über Atomwaffen verfügen.

Wenn die USA und Russland ihre Abrüstungsverpflichtungen aber nicht einhalten, droht die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages, die im Jahr 2020 stattfinden soll, schon im Vorfeld zu scheitern. Denn der Verzicht der nicht über Atomwaffen verfügenden Länder, sich selbst atomar zu bewaffnen, beruht ja gerade auf der Zusage der Atomwaffenstaaten, selbst atomar abzurüsten.

Angesichts der bedrohlichen Situation, gerade für Europa, sollte die Bundesregierung ein deutliches politisches Signal des Umdenkens setzen! Das ist auch deshalb notwendig, weil neue atomare Waffensysteme entwickelt werden, die eine weitere Destabilisierung des Systems wechselseitiger Abschreckung mit sich bringen. Dazu kommen die Risiken eines unbeabsichtigten Einsatzes von Atomwaffen



UN-Hauptquartier in New York



durch Fehler in der Alarmkette, die nicht mehr rechtzeitig gestoppt werden können. Und die Irrationalität der Akteure, die über Atomwaffen verfügen, nimmt zu. Die Gefahr eines militärischen Selbstmordes in einem Atomkrieg muss wieder ins Bewusstsein der Menschen rücken - so wie die Gefahr durch den menschengemachten Klimawandel mittlerweile ins Bewusstsein gerückt ist.

Der Vertrag setzt eine neue Norm

Es ist wichtiger denn je, die Vision einer Welt frei von Atomwaffen, aufrecht zu erhalten! Die Bundesregierung sollte deshalb einen eigenständigen Kurs in der Debatte um die nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung verfolgen. Wir plädieren als Grundwertekommission dafür, dass die Bundesregierung ihre bisherige ablehnende Haltung gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag aufgibt! Dieser Atomwaffenverbotsvertrag wurde im Jahr 2017 von 122 Ländern in der UN Generalversammlung beschlossen, 79 Staaten haben ihn bisher unterzeichnet, 32 Staaten haben ihn bis jetzt ratifiziert. 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird er in Kraft treten!

Der Vertrag setzt eine neue Norm: Atomwaffen sind ihrer verheerenden Konsequenzen für die Menschheit wegen zu ächten. Das Verbot ist umfassend, Staaten dürfen weder derartige Waffen produzieren noch lagern, besitzen oder einsetzen.

Der Verbotsvertrag unterstreicht die besondere Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlicher Initiativen.

Weltweit sollten alle verantwortlichen Regierungen zusammen mit der Zivilgesellschaft versuchen, der möglichen Welle einer atomaren Aufrüstung Einhalt zu Gebieten. Bisher hat die Bundesregierung es abgelehnt, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterstützen mit dem Argument, er stehe im Konflikt mit dem Atomwaffensperrvertrag. Der Verbotsvertrag nimmt aber ausdrücklich positiv Bezug auf diesen Vertrag. Beide Verträge können komplementär verstanden werden. Die Bundesregierung sollte deshalb alles unternehmen, gemeinsame Schnittmengen festzustellen und die Strukturen der beiden Verträge in Einklang zu bringen.

Nichtverbreitung von Atomwaffen und atomare Abrüstung sind gleichberechtigte und notwendige Strategien für eine Welt ohne Atomwaffen!

Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Vorsitzende: Prof. Dr. Gesine Schwan, Sekretär: Mirko Schadewald

Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

E-Mail: Grundwertekommission@spd.de

